

Forderungskatalog
Wirtschaftspolitik

Jungfreisinnige Aargau

6. September 2019

Fragen zum Papier gerne direkt an die Präsidentin oder den Präsidenten der Jungfreisinnigen Aargau

Unsere Forderungen:

- Unternehmenssteuer kommunalisieren!
- Staatsunternehmen privatisieren!
- Subventionen streichen!
- Wirtschaftsbeziehungen mit Europa stärken!
- Freihandelsabkommen fördern!
- Mehrwertsteuersatz vereinheitlichen!
- Startup-Prozesse vereinfachen!
- Regulierungen abbauen!
- Leistung muss sich lohnen!
- Qualifizierte Arbeitskräfte auch aus dem Ausland!
- Für eine Vereinfachung des Steuersystems!

Unternehmenssteuer kommunalisieren!

Festsetzung des Unternehmenssteuersatzes auf Gemeindeebene

Die Einkommenssteuersätze unterscheiden sich heute zwischen den einzelnen politischen Gemeinden. So kann jede Gemeinde auf lokale Bedürfnisse reagieren und der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Lage individuell Rechnung tragen. Die Besteuerung von Unternehmen hingegen ist im Kanton Aargau nach der aktuellen Gesetzeslage nicht kommunal, sondern kantonal geregelt. Dabei gehen unter anderem Standortvorteile verloren. Eine Kompetenzverlagerung zu den Gemeinden hin würde dem Wirtschaftsstandort Aargau neue Impulse geben, Grenzregionen wie etwa dem Freiamt oder dem Fricktal mehr Steuerflexibilität ermöglichen und die demokratische Legitimation der Besteuerung fördern. Daher fordern wir die Festsetzung des Unternehmenssteuersatzes auf Gemeindeebene.

Staatsunternehmen privatisieren!

Privatisierungen anhand klar festgelegter Kriterien

Die unterschiedlichen Staatsbetriebe oder staatsnahen Unternehmen sind in diversen Wirtschaftssektoren tätig. Wenn ein Staatsinstitut jedoch ein privates Gut herstellt und der entsprechende Markt eine hohe Wettbewerbsintensität aufweist, gibt es aus unserer Sicht keinen Grund, welcher gegen eine Privatisierung spricht. Im Gegenteil: Durch eine Privatisierung können die künftige Innovationskraft und das wirtschaftliche Denken der Privatwirtschaft sichergestellt werden. Daher fordern wir eine fortführende Privatisierung von Staatsunternehmen.

Es muss jedoch darauf geachtet werden, dass die oben genannten Voraussetzungen gegeben sind. Nur so hat das Unternehmen auch nach der Privatisierung eine Möglichkeit zur weiteren Existenz, sodass bei einem Untergang kein essenzieller Anbieter vom Markt verschwindet. Das grösste Potential sehen wir dabei im Finanzsektor (im Speziellen bei den Kantonalbanken) und bei der Telekommunikation.

Subventionen streichen!

Entziehungskur für subventionsabhängige Unternehmen

Die gesamten Subventionen machen derzeit etwa 58% der Bundesausgaben aus. Die wichtigsten Ausgabeposten sind dabei nach dem Bundesamt

für Statistik die soziale Wohlfahrt, Bildung und Forschung, Verkehr, Landwirtschaft und die Beziehungen zum Ausland. Vor allem die Unterstützung der Bildung und Forschung erachten wir als wichtigen Pfeiler der Schweizer Innovationskraft, welcher die Schweiz für die Zukunft rüstet und zu unserem Wohlstand beiträgt.

Auf der anderen Seite hat die Subventionspolitik der vergangenen Jahrzehnte jedoch dazu geführt, dass man sich in vielen Branchen nicht mehr primär an den Marktgegebenheiten oder Kundenwünschen, sondern insbesondere an der Maximierung der möglichen Subventionen ausgerichtet hat. Eine Branche, welche von diesem Effekt dominiert wird, ist die Landwirtschaft. Eine sofortige Einstellung der Zahlungen hätte daher fatale Folgen in diesem von Subventionen abhängigen Wirtschaftsbereich. Wir fordern folglich eine geplante Subventionsentziehungskur, welche zu einer klaren Reduktion der Subventionen speziell in der Landwirtschaft führt. Dadurch soll für Unternehmen in den betroffenen Sektoren Planungssicherheit geschaffen werden. Uns ist dabei bewusst, dass ein solches Vorgehen viele Jahre in Anspruch nehmen wird. Daher fordern wir einen möglichst schnellen Beginn, damit Unternehmen, welche auch ohne Subventionen am Markt bestehen können, ihre Innovationskraft möglichst schnell wiederaufbauen und sich an die kommenden Verhältnisse anpassen können.

Wirtschaftsbeziehungen mit Europa stärken!

Mit Europa sollen stabile und langfristige Lösungen entstehen

Europäische Union

Die Europäische Union ist im Jahr 2019 mit Abstand der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Gerade unsere direkten Nachbarn in Baden-Württemberg sorgen für einen grossen Teil unseres Imports und Exports. Der wirtschaftliche Austausch mit dieser Region ist somit ein immens wichtiger Faktor für den Wohlstand der Schweiz und insbesondere für den Kanton Aargau. Klare und stabile Verhältnisse sind dabei essentiell, wobei die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU dafür ein unverzichtbares Fundament bilden, welches unbedingt bewahrt werden muss. Ausserdem fordern wir eine Klärung der Beziehungen zur EU sowie eine Institutionalisierung, mit welcher die politische Unabhängigkeit der Schweiz gewahrt wird. Eine automatische, unüberprüfbare Übernahme von EU-Recht oder gar ein Beitritt zur EU muss allerdings verhindert werden und weitere Verhandlungen müssen zwingend auf gleicher Augenhöhe stattfinden.

Weitere europäische Länder

Auch die wirtschaftlichen Beziehungen zum übrigen Europa sollen in den nächsten Jahren nachhaltig verstärkt werden. So soll gerade die Sicherstellung des freien Handels zwischen der Schweiz und Grossbritannien Priorität geniessen sowie ein allfälliger Wiedereintritt der Briten in den EFTA-Raum geprüft werden. Durch einen solchen Schritt würde nicht nur die Stellung Grossbritanniens verbessert, sondern auch das Gewicht der EFTA-Staaten wieder vergrössert. Weiter sollen ökonomische Potentiale, ob in- oder ausserhalb des Rahmens der EFTA-Gemeinschaft, mit ost- und südosteuropäischen Staaten geprüft werden. So können der Schweizer Wirtschaft auch in diesen europäischen Regionen neue Möglichkeiten erschlossen werden.

Freihandelsabkommen fördern!

Verhandeln und unterzeichnen neuer Freihandelsabkommen

Die Schweiz hat in der Vergangenheit auf der ganzen Welt erfolgreich unterschiedliche Freihandelsabkommen abgeschlossen. Diese Abkommen schaffen Vorteile für die Exportwirtschaft und fördern den Wirtschaftsstandort Schweiz. Wir fordern daher das Abschliessen von weiteren Freihandelsabkommen und die Vertiefung bzw. Erweiterung der bereits bestehenden. Ein Fokus soll dabei (Stand 2019) auf dem Abschluss der Verhandlungen mit Indien, Malaysia, Vietnam und den MERCOSUR-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) liegen. Die Verhandlungen mit Russland, Kasachstan und Weissrussland sollen zudem wieder aufgenommen werden. Die Schweiz soll ausserdem versuchen, mit neuen Ländern – besonders mit den USA – in Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zu treten.

Mehrwertsteuersatz vereinheitlichen!

Mehrwertsteuer vereinheitlichen und vereinfachen

Die Mehrwertsteuer ist noch vor der direkten Bundessteuer die grösste Einnahmequelle des Bundes. Im Jahr 2019 werden sich die daraus eingenommenen Beträge voraussichtlich auf 23.4 Milliarden Schweizer Franken oder 31.8% der gesamten Steuereinnahmen belaufen. Um die Abrechnungen für die Unternehmen und den Staat zu vereinfachen und klarere Verhältnisse zu schaffen, fordern wir die Einführung eines einheitlichen Mehrwertsteuersatzes. Für den Staat sollen daraus weder Mehr- noch Mindereinnahmen entstehen.

Startup-Prozesse vereinfachen!

Vereinfachte Prozesse sowie Steueranreize bei Gründungen

Erleichterung der Startup-Gründung

Viele neue und innovative Geschäftsideen werden mit Startups erprobt und konkretisiert. Die daraus entstehenden Unternehmen stützen den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz und schaffen moderne Arbeitsplätze. Die Hürden, ein Unternehmen in der Schweiz zu gründen, sind jedoch vergleichsweise hoch. Physische Behördengänge sollten beispielsweise abgeschafft werden. Wir fordern daher eine Vereinfachung der Unternehmensgründungen, damit das Umfeld für Startups in der Schweiz verbessert werden kann und zukunftsfähige, innovative Unternehmen wieder vermehrt in der Schweiz gegründet werden.

Startup-Finanzierung erleichtern!

Ein wichtiger Faktor bei Unternehmensgründungen stellt die Finanzierung der ersten Aktivitäten dar. Um dafür zu sorgen, dass innovative Startups vermehrt in der Schweiz gegründet werden, müssen auch die Finanzierungsmöglichkeiten verbessert werden. Daher fordern wir steuerliche Anreize für Investitionen in neu gegründete Unternehmen. Eine direkte Förderung von Startups durch den Bund lehnen wir jedoch ab, da dies eine Verzerrung des Marktes darstellen und konkurrierende Geschäftsideen benachteiligen würde.

Regulierungen abbauen!

Reduktion der Bürokratie auf allen Stufen

Die Anzahl an Regulierungen und Gesetzesartikeln, welche die wirtschaftliche Freiheit in der Schweiz einschränken, nimmt laut unabhängigen Think-Tanks wie etwa Avenir Suisse ständig zu. Dieser Umstand verteuert die Geschäftstätigkeiten von Unternehmen und beansprucht deren kostbare Zeit, welche effizienter eingesetzt werden könnte. Daher fordern wir einen massiven Abbau von Regulierungen und Gesetzesartikeln. Ein solcher Abbau muss auf sämtlichen Staatsstufen konsequent durchgesetzt werden und das Handeln von Politik und Behörden prägen. Als mögliches Mittel sehen wir den vermehrten Einsatz von Sunset-Klauseln, one-in-one-out Regelungen oder «Schuldenbremsen» für Gesetzesartikel. Zusätzlich fordern wir auf kantonaler wie auf nationaler Ebene den Einsatz einer Kommission zum Abbau von Bürokratie. Diese soll aktiv Regelungen und Gesetze ausfindig

machen, welche abgeschafft werden sollen. Dabei sollen auch Eingaben aus der Bevölkerung oder von Unternehmen und Verbänden stärker berücksichtigt werden.

Leistung muss sich lohnen!

Wer mehr investiert, soll auch mehr erhalten

In der Schweiz verfügen wir über eine starke Wirtschaft und einen hohen Wohlstand. Eine solche Erfolgsgeschichte konnte nur durch das ausserordentliche Engagement vieler Arbeitskräfte ermöglicht werden. Wer sich übermässig einsetzt und Leistung erbringt, soll deshalb auch mehr vom geschaffenen Wohlstand profitieren. Leistung muss sich daher auch weiterhin lohnen!

Qualifizierte Arbeitskräfte auch aus dem Ausland!

Gute Arbeitskräfte bilden das Fundament für unseren Wohlstand

Laut dem eidgenössischen Volksdepartement (Jahr 2011) sind die vielen hoch qualifizierten Arbeitskräfte in der Schweiz ein wichtiger Faktor für unseren Wohlstand. Nur dank dieser ist die Schweiz Heimat von spezialisierten Unternehmen und Weltmarktführern. Aufgrund der beschränkten Grösse unseres Landes können dabei nicht alle benötigten Fachkräfte im Inland rekrutiert oder ausgebildet werden. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, fordern wir eine Vereinfachung der Anstellung von hochqualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland. Dies ist gleichzeitig essentieller Bestandteil einer ausgewogenen Migrations- und Sozialpolitik.

Für eine Vereinfachung des Steuersystems!

Einführung einer Flat-Tax-Steuer

Das heutige Steuersystem ist hoch komplex und beinhaltet viele Probleme und Ungerechtigkeiten. Dies kann zu einem grossen Teil mit einer Flat-Tax behoben werden. Jeder verdiente Franken oberhalb eines bestimmten Freibetrages wird mit dem gleichen Prozentsatz versteuert, was das Steuersystem wesentlich vereinfacht. Durch den Freibetrag bleibt eine leichte Progression bestehen, aber trotzdem wird mehr Leistung nicht bestraft wie es mit der heutigen Progression der Fall ist. Ein positiver Nebeneffekt der Flat-Tax ist, dass die Heiratsstrafe abgeschafft wird, da alle den gleichen Steuersatz haben.